

# Noch reichen die finanziellen Reserven

Die Regierung legt dem Baselbieter Parlament eine «State of the Union» zur aktuellen Coronasituation im Landkanton vor.

Bojan Stula

Im Deutschen Bundestag würde man so etwas eine Generaldebatte nennen. Überraschend und ohne Eintrag auf der Traktandenliste legte Regierungspräsident Anton Lauber zu Beginn der Landratssitzung eine umfassende Erklärung zur aktuellen Coronasituation im Landkanton vor. Sekundiert wurde er dabei von seinem Vizepräsidenten, Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektor Thomas Weber.

Seinem Naturell als Finanzdirektor entsprechend standen dabei die Zahlen im Vordergrund. Lauber rechnet bis Ende Jahr mit zusätzlichen Kosten von bis zu 170 Millionen Franken zur Pandemiebewältigung. Bei einem ausgewiesenen Eigenkapital von 670 Millionen werde man dadurch aber nicht in die Nähe der Schuldengrenze kommen, die bei etwa 230 Millionen liegt. Bisher seien Zusatzkosten von rund 70 Millionen Franken aufgelaufen. Insofern sei Baselland aufgrund der finanziell erspriesslichen Vorjahre finanziell gut gepolstert für die Krise.

Erfreut zeigte sich Lauber über die am Vortag vom Bundesrat aufgestockte Härtefallhilfe für Unternehmen in Finanznöten. Ebenso über den Abbau administrativer Hürden, der es den Unternehmen ab sofort erlauben würde, mit weniger Papierkram entsprechende Unterstützungsanträge zu stellen; was gleichzeitig seine Direktion wesentlich entlaste. So braucht es von nun an nicht mehr den Nachweis der Rentabilität, um Finanzhilfen zu be-

antragen, sondern lediglich den Beleg für das Nichtvorhandensein von laufenden Insolvenz- oder Beteiligungsverfahren.

Laut Lauber sind bisher beim Kanton rund 70 Unterstützungsanträge eingegangen; über 5,8 Millionen Franken für nicht rückzahlbare A-fonds-perdu-Beiträge und über 12,6 Millionen für verbürgte Kredite (siehe bz von gestern). Die bereits eingegangenen Anträge werden nun nach den neuen, gelockerten Regelungen geprüft. Lauber ermutigte alle Unternehmen, entsprechende Hilfsgesuche einzureichen, selbst wenn diese unsicher seien, ob sie die Kriterien erfüllten. Betriebe, die aufgrund behördlicher Verfügungen geschlossen werden mussten, gelten von nun an automatisch als Härtefälle. Dagegen auf wenig Interesse stösst gemäss Lauber die Möglichkeit des Geschäftsmietenerlasses. Hier seien bisher lediglich vier Gesuche im total fünfstelligen Bereich eingegangen.

## Konkurse im Rahmen der Vorjahre

Obschon Volkswirtschaftsdirektor Thomas Weber in seinem Teil das böse Erwachen prophezeit, das wirtschaftlich nach der Pandemie kommen und garantiert zu einem grossen Aufschwung führen werde, halten sich die bisherigen Auswirkungen im Baselland im Rahmen. Weder bei den Konkursöffnungen, etwa 30 bis 40 im Monat, noch bei der Anzahl Abschlüsse von Lehrverträgen seien wesentliche Abweichungen zu den nicht-pandemischen Vorjahren zu er-



Die Blumen für den Regierungspräsidenten Anton Lauber kamen diesmal in Form von viel Zustimmung seitens der Fraktionen für den eingeschlagenen Coronakurs. Bild: Nicole Nars-Zimmer (Basel, 25. Juni 2020)

kennen. Auch liege die Arbeitslosenzahl unter dem nationalen Schnitt. Hier profitiere der Kanton vom guten Branchenmix. Hingegen hätten viele Betriebe Antrag auf Verlängerung der Kurzarbeit gestellt. Momentan sind noch rund 480 Betriebe mit 3000 Angestellten von der Kurzarbeit betroffen.

Angesichts dieser Regierungserklärung liessen sich die einzelnen Fraktionssprecher nicht lumpen und griffen ihrerseits zum Mikrophon. Für die SP bedankte sich Roman Brunner (Muttenz) beim Regierungsrat dafür, dass sich dieser bereits früh beim Bundesrat für Lockerungen in der Härtefallregelung

eingesetzt hatte. «Die Regierung hat ihre Hausaufgaben gemacht und sich schnell an die neuen Rahmenbedingungen angepasst. Der Bund musste jetzt diesem Druck nachgeben.» Aufgrund der guten Vorarbeit werde der Landrat bereits an der nächsten Sitzung die Aufstockung des kantonalen Härte-

fallfonds von 31 auf über 75 Millionen Franken beschliessen können.

## Lob für eigene Regierung – Schelte für den Bundesrat

SVP-Fraktionschef Peter Riebli (Buckten) bedankte sich ebenfalls bei der Regierung für deren unaufgeregte Coronastrategie, die eigene «klare Linie und den Verzicht auf Opportunismus». Dafür folgte eine massive Schelte am Bundesrat, der sich ständig über die Vernehmlassungsantworten der Kantone hinwegsetze und Firmen «in die Staatsabhängigkeit oder den Konkurs» treibe. Die vielen Versäumnisse im Sommer würden jetzt den Kantonen das Leben schwer machen. Der Bundesrat müsse endlich wieder die Gewaltentrennung ernst nehmen.

Viel Zuspruch folgte ebenso von den Grünen/EVP durch Klaus Kirchmayr (Aesch) und seitens CVP/GLP durch Felix Keller (Allschwil). Letzterer betonte die Dringlichkeit des erhöhten Schutzes von Lehrpersonen. In den Tenor mochte einzig FDP-Fraktionschef Andreas Dürr (Biel-Benken) nicht so recht einzustimmen. Es sei jetzt nicht am Landrat, aus der Nordwestschweizer Ecke die Bundespolitik zu kritisieren, sondern der Regierungsrat müsse für eine noch raschere Unterstützung der Unternehmen sorgen.

Gleichwohl dürfte die Regierung noch selten derart einhelliges Lob von allen Parteien erhalten haben. Kein Vergleich also zu dem, was sich Angela Merkel bei einer Generaldebatte im Bundestag anhören muss.

## Kommen im Frühling digitale Patientendossiers?

**Gesundheit** Laut Bundesgesetz hätten die Kantone schon vergangenen April elektronische Patientendossiers (EPD) einführen müssen. Doch vielerorts harzt das Vorhaben massiv, den Patienten einen direkten digitalen Zugriff auf ihre wichtigsten medizinischen Dokumente zu gewähren. Da der Kanton Aargau seiner Bevölkerung das Eröffnen von EPDs seit Anfang Jahr ermöglicht, wollte FDP-Landrat Sven Inäbitt in der Fragestunde von der Regierung wissen, wann es denn in Baselland so weit sein werde. Im ersten Quartal müsse noch die Stammgemeinschaft der angeschlossenen Spitäler zertifiziert werden, danach könnten die ersten Dossiers eröffnet werden. Nicht nur Inäbitt zeigte sich im Plenum aber irritiert über das gewählte Konstrukt: Die private Axsana AG ist mit Aufbau und Betrieb beauftragt worden. Gleichzeitig wurde die Cantosana AG «zur Bündelung der Interessen der öffentlichen Hand gegenüber der Axsana» gegründet. Die Regierung liefert Inäbitt nun noch eine genaue Erklärung dieses Konstrukts nach. (mm)

## Schub für mehr Ladestationen

Regierung prüft, wie sie Anschlüsse für Elektroautos fördern kann.

Aus seiner Leidenschaft hat Hanspeter Weibel nie ein Geheimnis gemacht: Der SVP-Landrat aus Bottmingen fährt seit Jahren Tesla. Die Elektroauto-Edelmarke hat es ihm angetan. Auch politisch setzt er sich für die Förderung der E-Mobilität ein. Und die ist auf dem Vormarsch. Gestern überwies der Landrat mit 60 Ja- zu 18 Nein-Stimmen bei drei Enthaltungen ein Postulat, das Weibel 2017 schon einmal eingereicht hatte – und gescheitert war. Die Regierung muss nun prüfen, ob der Kanton Parzellen in seinem Besitz Anbietern von Ladestationen für Elektroautos oder E-Bikes zur Verfügung stellen kann. Weibel fragt konkret nach Ladestationen entlang von Kantonsstrassen, bei Parkplätzen von Schulhäusern oder Verwaltungsgebäuden. Auch möchte er, dass die Gemeinden verpflichtet werden, dasselbe zu prüfen.

Ladestationen entlang der Kantonsstrassen wären für FDP-Landrat Andreas Dürr «Blödsinn»: «Wer hält denn zwischen Lausen und Itingen an und wartet 30 Minuten, bis sein Auto geladen ist?», fragt er kopfschüttelnd. Entscheidender sei

«Es ist heute schwierig für Mieter oder Stockwerkeigentümer, einen Starkstromanschluss zu installieren.»



Hanspeter Weibel  
SVP-Landrat und Tesla-Fahrer

die Lade-Infrastruktur zu Hause. Auch hierzu hatte Weibel einen Vorstoss parat, scheiterte aber: Per Motion forderte er, dass gesetzliche Grundlagen geschaffen werden, damit Mieter oder Stockwerkeigentümer das Erstellen einer Ladestation durchsetzen können. Auch Bauherren sollten verpflichtet werden, die technischen Vorausset-

zungen für den Einbau von Ladestationen zu schaffen.

«Es ist heute schwierig für Mieter und Stockwerkeigentümer, einen Starkstromanschluss zu installieren, wenn der Vermieter sich weigert», argumentierte Weibel. Er betonte, dass die Kosten vom Mieter selbst getragen würden, doch für die Mehrheit des Landrates war dies zu viel Markteingriff. «Der Hauseigentümer soll immer das und muss dies. Ich habe Vertrauen in den Markt», sagte SVP-Landrat Markus Meier, als Direktor des Hauseigentümergebietes Schweiz freilich auch Interessensvertreter.

Trotzdem prüft die Regierung nun, wie Lade-Hubs in Wohnüberbauungen gefördert werden und sogar, ob Besitzer von Altliegenschaften gesetzlich verpflichtet werden, Ladestationen bereitzustellen, wenn Mieter den Besitz eines Elektroautos geltend machen. Weibels Glück: SP-Landrat Jan Kirchmayr wollte dasselbe erreichen, wählte aber ein unverbindlicheres Postulat – und holte 51 Ja- bei 29 Gegenstimmen und einer Enthaltung.

Michael Nittaus

## Lob und Anerkennung für das neue Polizeigesetz

**Erste Lesung** Die Baselbieter Polizei kann demnächst Gaffer von Unfallorten wegweisen, gegen Stalker vorgehen und Veranstellungen mit Gefahrenpotenzial mit Auflagen versehen oder gleich ganz verbieten. Wie erwartet, hat der Landrat gegen die Revision des Polizeigesetzes keine Einwände vorgebracht und die erste Lesung ohne Änderungsanträge zügig abgeschlossen (siehe bz vom Dienstag). Es steht ausser Frage, dass in der Schlussabstimmung an der nächsten Parlamentssitzung das Vierfünftelmehr übertroffen wird und die neuen Bestimmungen ohne Volksabstimmung in Kraft treten können.

Alle Fraktionen sprachen von einer gelungenen Gesetzesvorlage, welche es der Baselbieter Polizei künftig erlauben wird, auch in der Verbrechensbekämpfung den Kriminellen technisch auf Augenhöhe zu begegnen. Hierfür sind neue Einsatzmöglichkeiten von Bodycams, Drohnenkameras, GPS-Trackern und die Öffnung des Polizei-Funkkanals für das Grenzschutzkorps vorgesehen. Zwar liess diese Gesetzesrevision keinen roten Faden erken-

nen und komme einem Sammelstadium verschiedenster neuer Bestimmungen gleich, merkte im Namen der FDP-Fraktion Balz Stückelberger (Arlesheim) an: «Doch das macht nichts. Das Ganze lässt sich am ehesten mit einem Frühjahrsputz vergleichen, und der ist ja manchmal auch nötig.» SP-Sicherheitsdirektorin Kathrin Schweizer bedankte sich bei den Fraktionen für die gute Aufnahme und die durch die Justiz- und Sicherheitskommission eingebrachten Verbesserungen.

Diese Gesetzesrevision hat es im Rat auch deshalb so leicht, weil sie gewisse heikle Punkte aussen vor lässt. So wird die SP den Wunsch nach Öffnung des Polizeikorps für Ausländerinnen und Ausländer in einem separaten Vorstoss einbringen. Dies bestätigte Fraktionssprecherin Tania Cucè (Lausen). Die Skeptiker am Einsatz von Bodycams konnten ihrerseits beruhigt werden, indem vorerst keine Anschaffung im Baselland geplant ist. Sollte eine solche dennoch zum Thema werden, müsste zuerst ein entsprechender Kreditantrag vom Landrat absegnet werden. (bos)